

Resolution des Celler Stadtrates

Wasser ist Menschenrecht

Wasserversorgung und Abwasserreinigung müssen durch die öffentliche Hand kontrolliert werden

Das Recht auf Wasser sowie das Recht auf sanitäre Grundversorgung sind entsprechend der Resolution der Vereinten Nationen Menschenrechte. Eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft muss als Dienstleistung für alle Menschen gewährleistet sein. Nur in Letztverantwortung der öffentlichen Hand ist das auch dauerhaft möglich.

Der Rat der Stadt Celle spricht sich daher nachdrücklich gegen die Planungen der Europäischen Union aus, das öffentliche Vergabewesen für den Bereich der Wasserkonzessionen und der Abwasserreinigung in die Liberalisierungsagenda aufzunehmen. Die Wasser- und Abwasserwirtschaft darf nicht unter den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich der Binnenmarktregelung fallen.

Wir fordern die Europäische Union stattdessen auf, Rechtsvorschriften zu erlassen, die eine sichere und bezahlbare Wasserversorgung in öffentlicher Verantwortung sowie die sanitäre Grundversorgung für alle Menschen in Europa garantieren. Das Recht auf Wasser und der Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu den Leistungen der Wasser- und Abwasserwirtschaft gehen vor Marktinteressen.

Die in Celle auf Grund der Beschlusslage des Rates vom 14.2.2013 zu überprüfende Wasser- und Abwasserversorgung in kommunaler Hand steht mit der vorgesehenen Änderung der Konzessionsvergaben auf EU Ebene nicht in unmittelbarem Zusammenhang. Gleichwohl wollen wir nur unter Beachtung dieser Grundüberzeugung diese Bereiche neu aufstellen. Die Stadt wird ihren letztentscheidenden Einfluss nicht zur Disposition stellen. Maßgeblich wird sie deshalb auf die Eigentumsverhältnisse bei Kooperationspartnern und auf die eigenen Anteilsanteile abstellen. Insbesondere ist die Auswirkung der steuerlichen Komponente im Sinne der Bürgerinnen- und Bürger zu überprüfen und zu würdigen.

Wir fordern die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtags, des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, sich gegen eine Ausschreibungspflicht für Dienstleistungskonzessionen im Hinblick auf die Daseinsvorsorge auszusprechen und den Richtlinienentwurf der Kommission in der bestehenden Form abzulehnen sowie die kommunale Selbstverwaltung und die Trinkwasserversorgung zu schützen.

Jürgen Rentsch

Fraktionsvorsitzender